

## Belgien, Niederlande, Luxemburg

MAX JANSEN

### *Belgien*

Für die Benelux-Länder spielte, ebenso wie für viele andere westeuropäische Staaten, die sich verschlechternde wirtschaftliche Lage die Hauptrolle in ihrer Politik. In Belgien hielt die im Dezember 1981 gebildete Regierung Martens die Situation für so alarmierend, daß sie vom Parlament die Vollmacht erbat, während des ganzen Jahres 1982 notwendige Maßnahmen zur Verbesserung der wirtschaftlichen Lage durchführen zu können, ohne dafür jeweils die Zustimmung des Parlaments einholen zu müssen. Kaum hatte das Parlament dieses beschlossen, als die sozialistische Gewerkschaft ABVV-FGTB (Algemeen Belgisch Vakverbond – Fédération Générale du Travail de Belgique) zu einem allgemeinen 24-Stunden-Streik gegen die Regierung aufrief. Die christliche Gewerkschaft ACV-CSC (Algemeen Christelyk Vakverbond – Confédération des Syndicats Chrétiens) fand es noch zu früh, sich gegen die Christlich-Demokratische/Liberale Regierung zu wenden. Der Verlauf des Streiks demonstrierte erneut den regionalen Zwiespalt des Landes: In Wallonien, wo die sozialistische Gewerkschaft die stärkste ist, streikten 90 % aller Arbeitnehmer; in Flandern, wo die christliche Gewerkschaft überwiegt, legten nur 30 % der Arbeiter die Arbeit nieder. Diese Zahlen spiegeln sowohl die Unsicherheit als auch den Zwiespalt innerhalb der Gewerkschaften wider. Der flämische Flügel der sozialistischen Gewerkschaft schwankt zwischen Solidarität mit den wallonischen Kollegen und der Verteidigung der flämischen Interessen gegenüber den wallonischen Forderungen; die wallonischen Mitglieder werden in ähnlicher Weise konfrontiert mit der Wahl zwischen regionalen Interessen und nationaler Solidarität. Eines der Hauptprobleme und gleichzeitig ein Thema, bei dem die EG sehr stark betroffen blieb, ist die fortgesetzte Krise in der Stahlindustrie. Zu Beginn des Jahres 1982 stand die belgische Regierung unter großem Druck ihrer eigenen Parteien, den Stahlbetrieben großzügige Unterstützung zu gewähren, besonders dem Stahlgiganten Cockerill-Sambre. Gleichzeitig hielt die Europäische Kommission durch das belgische Mitglied Davignon hartnäckig an den gemeinschaftlichen Verordnungen fest, die für die Unterstützung der nationalen Industrien gelten: Sanierung innerhalb weniger Jahre. Diese Situation machte es der Regierung möglich, sich gegenüber der Bevölkerung bereit zu erklären, viel mehr für die in Schwierigkeiten geratenen Unternehmungen zu tun

und andererseits die Verantwortung für die unzulängliche Unterstützung der EG-Kommission in die Schuhe zu schieben.

Besonders, wenn es um die Unterstützung zu Gunsten der einen Region geht, die durch die andere als unnötig oder zumindest als zu großzügig angesehen wird, ist es für die belgische Regierung nicht unangenehm, die tatsächliche Entscheidung der EG-Kommission zu überlassen bzw. überlassen zu müssen. Nach einem jahrelangen Tauziehen stellte die Kommission im Juli 1982 fest, welche Gebiete Belgiens als Entwicklungszentren anerkannt werden konnten und dementsprechend für Investitionsstimulanzen in Betracht kommen<sup>1</sup>. Nur ein kleiner Teil von Flandern fiel hierunter, während beinahe ganz Wallonien als Entwicklungsgebiet anerkannt wurde. Dies gab den Flamen Anlaß, sich über die unzulässige Bevorteilung Walloniens zu beklagen, wogegen die Wallonen aus der EG-Entscheidung den Schluß zogen, daß die belgische Regierung jahrelang Flandern unrechtmäßige Unterstützung gewährt habe. Die Regierung wurde also von den Wallonen heftig kritisiert, weil sie zuviel für Flandern und zu wenig für Wallonien getan habe, von den Flamen, weil zu wenig unternommen worden sei, um die EG-Entscheidung in dieser Form zu verhindern. Wie zu erwarten, wies die Regierung alle Kritik zurück und die Entscheidung wurde als für Belgien bindend angenommen.

Das ständige Aufheizen der flämisch-wallonischen Gegensätze innerhalb der belgischen Politik könnte den Eindruck erwecken, eine weitere Desintegration Belgiens sei unvermeidlich. Eine Meinungsuntersuchung über die Zukunft des Landes<sup>2</sup> ergab, daß 55 % keinen weiteren Zerfall des belgischen Staates wünschen, während sich nur 14 % für eine Lösung aussprachen, bei der die staatliche Einheit Belgiens verschwinden würde. Auffallend bei dieser Untersuchung war, daß die Fragesteller die Möglichkeit äußerten, Flandern könnte sich an die Niederlande und Wallonien an Frankreich anschließen; nur 2 % der Bevölkerung stimmten hierfür. Eine Lösung des belgischen Problems im europäischen Rahmen erachtete man anscheinend für so unrealistisch, daß sie überhaupt nicht in die Liste der Alternativen aufgenommen wurde. Nur für Brüssel wurde die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, eine europäische Stadt zu werden, wenn Belgien als Staat verschwinden sollte.

Der Wunsch, vereinigt zu bleiben, besagt jedoch nicht, daß die Belgier mit den heutigen Verhältnissen zufrieden sind. Von den Flamen meinten 37,5 %, die Wallonen übten einen zu großen Einfluß auf den belgischen Staat aus, und 11,9 % fanden den Einfluß Brüssels zu stark. Wogegen nach Ansicht von 56,4 % der Wallonen der flämische Einfluß unverhältnismäßig groß sei. Obwohl diese vermeintliche Ungleichheit Anlaß zu ständigen Uneinigkeiten sein kann, ist nach Meinung der meisten Belgier dies nicht das größte Problem des Landes. Nach diesem befragt, wurde von 51 % der Bevölkerung die Arbeitslosigkeit genannt; das flämisch-wallonische Verhältnis erwähnten nur 4 % als Hauptproblem. In einer Liste der sieben für Belgien wichtigsten Probleme wurde es erst an 6. Stelle aufgeführt. In der Kritik an den Politikern heißt es dem-

entsprechend, man verschwände zuviel Zeit auf das flämisch-wallonische Verhältnis, während gegen die Arbeitslosigkeit zu wenig unternommen würde.

Es wird damit deutlich, daß die wirtschaftliche Krisensituation den Belgiern mehr Sorge macht als jegliche andere Frage. Nach Ansicht von 29 % ist die Krise in Belgien noch schwerer als in den umliegenden Ländern. Obwohl man erwarten sollte, daß für den schlechten Zustand in erster Linie die jeweils andere Region verantwortlich gemacht würde, scheint das nur in ganz geringem Maße zuzutreffen. Die Frage, ob er Schuld der Wallonen sei, wird von knapp 9 % der Flamen bejaht, während nur 10,5 % der Wallonen davon überzeugt sind, die Verantwortung für den Ernst der Lage sei in erster Linie bei den Flamen zu suchen. Schließlich wird die Frage, ob ein unabhängiges Flandern die Krise besser bestehen könne, von 8,1 % der Flamen positiv beantwortet, während nur 3,7 % der Wallonen meinen, ein unabhängiges Wallonien stünde wirtschaftlich besser da. Es scheint die Meinung der meisten Belgier zu sein, daß man das flämisch-wallonische Verhältnis wie die Beziehung zwischen Mann und Frau in einer biedereren und altmodischen Ehe sehen muß: Die Ehepartner sind offiziell gleichwertig, aber in der Praxis ist doch der eine etwas stärker als der andere; es gibt zwar manchmal Streit, doch ist das kein Grund für eine Scheidung von Tisch und Bett und sicher nicht für eine endgültige Trennung.

Neben allen innenpolitischen Problemen hatte Belgien in der ersten Hälfte von 1982 auch noch die Bürde des EG-Vorsitzes. Als besonders erschwerend kam hinzu, daß die Regierung, die diese Aufgabe übernehmen mußte, erst seit wenigen Wochen im Amt war, eine Situation, die anscheinend in Belgien zur Tradition gehört (auch 1977 übernahm eine erst vier Wochen alte Regierung den Vorsitz, während 1973 erst vier Wochen nach der Übernahme des Vorsitzes eine belgische Regierung gebildet wurde!). Außenminister Leo Tindemans, ein Erzeuropäer, brauchte wenig Zeit, um sich einzuarbeiten. Am 21. Januar setzte er dem Europäischen Parlament auseinander, wofür man sich während des belgischen Vorsitzes einsetzen wolle<sup>3</sup>. Ganz oben auf der Dringlichkeitsliste standen die Verstärkung der monetären Zusammenarbeit, Umstrukturierung des Haushaltsplans, größere Einigkeit in internationalen Foren und Verbesserung der Beschlußfassung im Ministerrat durch Mehrheitsbeschlüsse. Das Lob, das die belgische Regierung sechs Monate später vom Europäischen Parlament für ihren Vorsitz erntete, betraf vor allem diesen letzten Punkt. Der Mehrheitsbeschluß, durch den die Agrarpreise festgesetzt worden waren, wurde überall als eine außerordentliche Tat des amtierenden Vorsitzenden gelobt.

#### *Die Niederlande*

Die im Herbst 1981 gebildete Regierung von Christlichen-Demokraten, Sozialdemokraten und Demokraten '66, kam sehr schnell in Schwierigkeiten durch die Uneinigkeit über die drastischen Maßnahmen, die zur Behebung der wirtschaftlichen Krise nötig waren. Nach einem halbjährigen Tauziehen verließen die Sozialdemokraten die Regierung, wonach verfrühte Wahlen ausgeschie-

ben wurden. Das Resultat war eine Regierung von Christlichen-Demokraten und Liberalen, die sich verständlicherweise zuerst auf die wirtschaftlichen und sozialen Probleme des Landes konzentrieren mußte. Es ist daher nicht erstaunlich, daß in der Regierungserklärung, mit welcher sich das neue Kabinett im November 1982 dem Parlament vorstellte, in erster Linie die wirtschaftliche Lage zur Sprache kam. Beurteilt man die Dringlichkeit europäischer Probleme nach dem Ausmaß, das sie in der Regierungserklärung einnahmen, dann wird man in nächster Zeit, zumindest von offizieller niederländischer Seite, wenig im Hinblick auf eine weitere europäische Integration erwarten können. Nur ein Prozent der Erklärung war Europa gewidmet. Mehr Anhaltspunkte ergeben sich aus dem Koalitionsrahmen, der die Basis für die Zusammenarbeit innerhalb der Regierung bildet. Der betreffende Abschnitt lautet:

„Das Europäische Parlament sollte mehr Verfügungsrechte bekommen. Im Ministerrat muß es die Regel werden, Mehrheitsbeschlüsse zu fassen. Durch Verfahrensabsprachen sollte man sich weniger auf ‚vitale Interessen‘ berufen können. Eine Verstärkung des Europäischen Währungssystems ist anzustreben. Die Europäische Politische Zusammenarbeit muß ausgebaut werden, ohne dabei die Atlantische Zusammenarbeit zu stören. Die Niederlande setzten sich für den Beitritt Spaniens und Portugals zur Europäischen Gemeinschaft ein.

Außerordentlich wichtig ist die Funktionsverbesserung der einzelnen Organe der Europäischen Gemeinschaft, besonders auch im Hinblick auf die nächsten europäischen Wahlen. Die niederländische Regierung will sich für eine derartige Verbesserung und für größere Anteilnahme der Bevölkerung an den europäischen Wahlen einsetzen.

Die bestehende Beschränkung der Eigenmittel der Europäischen Gemeinschaft darf ihre weitere Entfaltung nicht behindern. Die Regierung ist bereit, eine Erweiterung, sowohl der Aufgabenbereiche der Gemeinschaft als auch der dazu erforderlichen finanziellen Bewegungsfreiheit zu erwägen, die für die Entwicklung einer rationellen europäischen Politik nötig sind. Die Ausbreitung der Aufgaben auf europäischer Ebene soll zu einer Anpassung übereinstimmender Aufgaben auf nationalem Niveau führen. Innerhalb der Gemeinschaft muß energisch eine weitere Harmonisierung angestrebt werden.“<sup>4</sup>

Im Verlauf des Jahres ist die niederländische Politik wiederholt in Schriftstücken und in Diskussionen im Parlament erläutert worden<sup>5</sup>. Die Regierung sprach darin ihre Besorgnis über den geringen Fortschritt der EG aus, sie wies auf die zunehmenden Spannungen innerhalb des Europäischen Währungssystems, auf den fortschreitenden Protektionismus, auf die Stagnation in den Verhandlungen mit Spanien und Portugal und auf das Fehlen eines realen Fortgangs in den Mandatsverhandlungen hin. In der Zweiten Kammer wurde auf diese negative Bilanz mit dem Vorwurf reagiert, daß sich die Niederlande in der Diskussion über die Umstrukturierung den Ruf erworben haben, die „hartnäckigsten Nein-Sager“<sup>6</sup> zu sein. Um diese Anschuldigung zu entkräften, ver-

wies die Regierung auf ihre Bemühungen, eine gemeinschaftliche Industriepolitik zu fördern und die regionale Politik zu entwickeln. Auch der Intensivierung der Beziehungen innerhalb der EPZ maß die Regierung größte Wichtigkeit bei, aber nur „in soweit, wie die heutige elastische und informelle Struktur, der die EPZ Kraft und Glaubwürdigkeit verdankt, nicht angetastet wird“<sup>7</sup>. Aus dieser Formulierung läßt sich ableiten, daß die Regierung noch stets vor einer weiteren Institutionalisierung der EPZ zurückschreckt, da sie befürchtet, die Verselbständigung Westeuropas könne den Beziehungen zu den USA schaden.

So konnte der Außenminister zwar der Eingabe des Parlaments zustimmen, in der darauf gedrungen wird, die Sicherheitspolitik sowohl innerhalb der EPZ als auch in der NATO zu „europäisieren“, doch nur weil er glaubte, daß „eine größere europäische Identität nicht in Streit mit transatlantischen Beziehungen stehen muß“<sup>8</sup>. Tatsächlich bleibt für die niederländische Regierung das Verhältnis USA – Europa der Prüfstein in der Außenpolitik. Das führt oft zu Schwierigkeiten: Man ist besorgt über die möglichen Folgen des Stahlkonfliktes, über den Export der Agrarüberschüsse und über die Meinungsunterschiede in Verteidigungsfragen; gleichzeitig wirft man den Vereinigten Staaten vor, die EG nicht als gleichwertigen Partner zu betrachten, wodurch die transatlantischen Beratungen erschwert werden. Ein gewisser Zwiespalt ist nicht zu leugnen: Einerseits beschwören die Niederlande ihre EG-Partner ja nichts zu unternehmen, was die Beziehungen mit den USA in Gefahr bringen könnte, und andererseits geben sie sich selbst als die widerspenstigsten Bundesgenossen, wenn es um die Ausführung des NATO-Doppelbeschlusses geht.

Trotz der bestehenden Skepsis scheint der Schwerpunkt der niederländischen Außenpolitik, der jahrzehntelang auf atlantischer Seite lag, sich langsam in Richtung Europa zu verlagern. Bei ihren drei Staatsbesuchen, die Königin Beatrix 1982 machte, brachte sie jedesmal nachdrücklich die Notwendigkeit europäischer Integration zur Sprache. In Bonn war dies ein hervorragend geeignetes Thema, um die Übereinstimmung der Niederlande mit der Bundesrepublik zu betonen. In London dagegen war ein Plädoyer für Europa weniger naheliegend, um die Briten zu begeistern. In Washington schließlich hielt Ihre Majestät dem Kongreß vor, man müsse dem sich vereinigenden Europa mehr Rechnung tragen<sup>9</sup>. Mit dieser Stellungnahme brachte sie die niederländische Überlegung zum Ausdruck, daß eine weitgehende europäische Zusammenarbeit für die Niederlande gut und sogar notwendig sei. Selbst die Enttäuschungen der jahrelangen Stagnation haben diese Überzeugung kaum ins Wanken gebracht.

### *Luxemburg*

Offensichtlich hat sich die wirtschaftliche Krise in Luxemburg auch an luxemburgische Proportionen gehalten. Mit einer Arbeitslosigkeit von nur 1,5%, einem Überschuß der Handelsbilanz und noch ausreichenden Auftragsbeständen der Industrie wird der Eindruck erweckt, es handle sich hier um einen Außen-

seiter der EG. Leider hat es den Anschein, daß die anderen EG-Länder Luxemburg tatsächlich als Außenseiter behandeln. Für die speziellen Belange des Großherzogtums besteht kaum Interesse. Auch 1982 war die zentrale Frage, ob das Europäische Parlament durch den Europäischen Gerichtshof gezwungen werden könnte, Luxemburg auch weiterhin als Sitzungsort beizubehalten. Die Plädoyers wurden im Oktober 1982 gehalten. Für Luxemburg wurde ausgeführt, daß das Parlament mit seiner Resolution vom 7. Juni 1981, nicht mehr in Luxemburg zusammenzutreten, einen Beschluß über den Sitz des Parlaments gefaßt habe. Ein derartiger Beschluß sei jedoch laut des EWG-Vertrages den Mitgliedstaaten vorbehalten, so daß das Parlament rechtswidrig gehandelt habe<sup>10</sup>. Von Seiten des Europäischen Parlaments wurde dem gegenübergestellt, das Parlament habe nur einen Beschluß im Hinblick auf seine interne Organisation gefaßt und nicht über den ständigen Sitz eines der EG-Organen. Das Parlament habe das volle Recht, seine eigenen Angelegenheiten selbst zu regeln, und daher sei die Klage Luxemburgs grundlos<sup>11</sup>. Der Gerichtshof entschied am 10. Februar 1983, daß zwar das Sekretariat des Parlaments gemäß Beschluß der Mitgliedstaaten seinen Standort in Luxemburg hat, daß es aber dem Parlament freisteht, über seinen Sitzungsort zu entscheiden<sup>12</sup>. Für Luxemburg war die Sache also verloren.

Probleme hat Luxemburg auch in einem anderen, kleineren und älteren Rahmen wirtschaftlicher Zusammenarbeit: der 60-jährigen Belgisch-Luxemburgischen Wirtschafts-Union (BLEU). In vielen internationalen wirtschaftlichen Statistiken sind Belgien und Luxemburg durch BLEU ersetzt, wodurch bei unachtsamen Lesern der Eindruck entsteht, BLEU und Belgien seien gleichzusetzen. Zur wirtschaftlichen Integration von Belgien und Luxemburg gehört vollständige Währungsunion mit Parität des belgischen und luxemburgischen Franken. Der verheerende Zustand der belgischen Wirtschaft veranlaßte die belgische Regierung im Februar, eine Abwertung des Franken zu beschließen. Dies ist keine Sache, die man lange vorher ankündigt, aber nachdem es hier automatisch auch um eine Abwertung der luxemburgischen Währung ging, hätte es nahe gelegen, vorher Rücksprache mit Luxemburg zu nehmen. Dies Versäumnis führte zu großer Verstimmung Luxemburgs, besonders da der Zustand der luxemburgischen Wirtschaft eine Abwertung gar nicht nötig hatte.

Die erste Reaktion der Luxemburger war, die BLEU sollte besser aufgehoben werden, aber soweit ist es nicht gekommen. In späteren Gesprächen mit Belgien wurde man sich einig, daß Luxemburg eine eigene Zentral-Bank bekommen soll und seinen Anteil an der Banknoten-Zirkulation von 750 Millionen auf 3 Milliarden Franken erhöhen darf<sup>13</sup>. Auch mußten die Belgier hoch und heilig versprechen, nie wieder abzuwerten, ohne vorher mit Luxemburg ausgiebig verhandelt zu haben. Schließlich kam man überein, daß Luxemburg Banknoten in der selben Denomination wie Belgien ausgeben dürfe; bisher war der höchste zugestandene Wert für Luxemburg 100 Franken (= ca. 5,- DM). In Zukunft soll der Kopf des Großherzogs denselben Wert haben wie der des

belgischen Königs: 5 000 Franken – ein schönes Exempel dafür, wie Abwertung sich in Aufwertung verwandeln kann!

### Anmerkungen

- 1 Vgl. Keesing's Historisch Archief, 1982, S. 658.
- 2 Vgl. Een opinieonderzoek bij de Belgische bevolking over de toekomst van het land. CEPES Document Nr. 6, 1981; De opinie van de Belgische bevolking over de toekomst van het land. Dimarso, Studie Nr. 235, November 1982.
- 3 Vgl. Agence Europe, 22.1.1982, S. 5.
- 4 Staatscourant Nr. 208, 28.10.1982, S. 2.
- 5 Vgl. Europa van Morgen, Nr. 6, 15.2.1982, S. 83–84; Nr. 30, 29.9.1982, S. 527–531; Nr. 36, 10.11.1982, S. 671–673; Nr. 42, 22.12.1982, S. 808.
- 6 H.A. Schaper (D'66). Siehe Europa van Morgen, Nr. 6, 15.2.1982, S. 83.
- 7 Europa van Morgen, Nr. 30, 29.9.1982, S. 530.
- 8 Europa van Morgen, Nr. 6, 15.2.1982, S. 83.
- 9 Vgl. Bonn: Europa van Morgen, Nr. 9, 3.3.1982, S. 125; Londen: Europa van Morgen, Nr. 38, 24.11.1982, S. 732; Washington: Keesing's Historisch Archief, 1982, S. 521–522.
- 10 Agence Europe, 23.10.1982, S. 3–4.
- 11 Agence Europe, 29.10.1982, S. 4.
- 12 Agence Europe, 11.2.1982, S. 4.
- 13 Agence Europe, 27.3.1982, S. 24; 26.6.1982, S. 16; 7.7.1982, S. 14.

### Weiterführende Literatur

- Boomen, B.J. van den u. J.M. Wiersma, Naar een Europese Defensie, in: Socialisme en Democratie, April 1982, S. 148–159.
- De EG-Verdragen in de economische crisis, in: Sociaal Economisch Weekblad, 1982, Nr. 4 (Themanummer).
- Dokumentair Overzicht uitvoering EEG-richtlijnen in Nederland, 1958–1981, Den Haag: T.M.C. Asser Instituut, 1982.
- Europese Integratie en Atlantisch Bondgenootschap, Den Haag: Europese Beweging in Nederland, 1982.
- La Belgique et le Développement de la Communauté Européenne, Bruxelles: Groupe d'Études Politiques Européennes, 1982.
- Pijpers, A.E., Nederland, de Europese Politieke Samenwerking en de dreigende herrijzenis van 'Fouchet', in: Internationale Spectator, Amsterdam 1982, Nr. 2, S. 69–77.
- Struyck, J., Consumentenbescherming in België en de Gemeenschappelijke Markt, in: Sociaal Economisch Weekblad, 1982, Nr. 5, S. 384–395.
- Thiel, Lucien, Luxemburg: Reicher Leute armes Land, in: EG-Magazin, Mai 1982, S. 20–21.
- Verwilt, H. u. M. Quintyn, De Belgisch-Luxemburgse Unie in opspraak? In: Maandschrift Economie, 1982, Nr. 5, S. 195–207.